

Was der Westens verteidigt

Im Kulturteil der SZ von heute (9. Januar 2026) hat Claudius Seidl einen Artikel mit dem Titel >Die Migranten glauben an uns – mehr als wir selbst< veröffentlicht. An seinem Ende stehen die Sätze: „Es lohnt sich nicht nur, in den Westen zu migrieren. Es lohnt sich, diesen Westen zu verteidigen.“(S. 11)

Seidl argumentiert, es sei doch bemerkenswert, dass beinahe alle, die die Gefahren interkontinentaler Migration auf sich nehmen, in eine Reihe von Ländern des Westens wollten – in dieser Reihenfolge: USA, Kanada, Deutschland, Australien, Spanien, Frankreich, Großbritannien und Italien. Die autoritären Systeme Chinas und der Sowjetunion, die angeblich international im Aufwind seien, werden von potentiellen Migranten, die ein amerikanisches Befragungs-Institut befragt hat, für wenig attraktiv gehalten.

Er widerlegt die unter autoritären Rechten im Westen verbreiteten Auffassungen, das liege daran, dass die autoritären Länder keine Zuwanderung gestatteten; dass die Sozialleistungen in Europa zu großzügig seien ['ein pull-Faktor' – die USA können nicht gemeint sein. Sind sie nicht überhaupt inzwischen zu den autoritären Staaten zu rechnen, von der Schusswaffenmanie und Rassismus als eher 'push'-Faktoren ganz abgesehen?]; dass die (muslimischen) Migranten kämen, um im Dschihad den ungläubigen Westen zu 'zerstören'. Offenbar verstanden Syrer und Afghanen, obwohl 'kulturfremd', ganz gut, was gemeint sei, wenn im Westen von >Menschenrechten< die Rede sei – ein Leben mit „Meinungsfreiheit, körperlicher Unversehrtheit und dem Versprechen, dass sozialer Aufstieg möglich sei.“ Die im Westen selbst beklagte „spirituelle Leere und geistige Zerrissenheit“ schrecke sie nicht ab.

I.

Wenn dieser Analyse nicht durchgreifend widersprochen werden kann, stellt sich doch die Frage, was am Westen verteidigenswert ist. Seidl meint, das sei das Leben in persönlicher Freiheit – und soweit das reicht, ist es richtig. Ich meine aber – es reicht nicht weit genug. Ich will eine Ausweitung skizzieren, die die Rede vom Leben in persönlicher Freiheit ein wenig ausarbeitet und ihr ein Gewicht geben kann, das man „anthropologisch“ nennen könnte. Sie knüpft damit an Begründungen an, die die bürgerliche Gesellschaft im 18. Jahrhundert in ihrem Kampf gegen den Spätfeudalismus benutzt hat – die Ordnung, die mit der bürgerlichen

Gesellschaft angestrebt werde, sei in bestimmter Hinsicht „die natürliche Ordnung“. Das hatte damals normativen Sinn in Anknüpfung an das rationale Naturrecht. Heute kann ihm aber deskriptiver und Begriffs-analytischer Status gegeben werden. Die Begründung wird dadurch weniger angreifbar, weil nur beansprucht wird, was auch die autoritären Gegner der westlichen Freiheit der Person nicht konsistent bestreiten können.

II.

Menschen werden überall auf der Erde auf eine gleichsam natürliche Weise zu Personen. Diese Natürlichkeit hat der lateinische Rhetor Cicero, weil er ihren sozialen und geschichtlichen Charakter nicht leugnen wollte, im Blick auf die menschliche Ausbildung von Gewohnheiten „zweite Natur“ (*altera natura*¹) genannt. Cicero beansprucht das als einen Erfahrungssatz aufgrund von Beobachtung. Aber tatsächlich kann der Personenbegriff, der auf Menschen zutrifft (und nicht auf Gott oder Engel), als *a priori* angesehen werden, wenn die Beobachtung nur weiter beschrieben wird.

Menschen werden Personen in einem Bildungsprozess durch Erlernen einer natürlichen (Satz-)Sprache und das Heranwachsen in die Ordnungen der Kultur ihrer Gesellschaft. Und als Sprecher der Sprache sind alle Personen von beinahe Geburt an Namensträger. Namen aber sind sprachliche Instrumente der Anrede und Bezugnahme und treffen auf die Personen als Sprecher einer solchen Sprache zu. Die Namensgebung für Neugeborene ist die Erwartung und der Anspruch der Bezugspersonen, dass die Neugeborenen Sprecher der Sprache und damit Personen werden.

Weitere Aspekte des Personenbegriffs müssen hier nicht interessieren, weil der dialektische Zweck gegenüber autoritären Konzeptionen das nicht nötig macht.² Denn in dem angedeuteten fundamentalen Sinn sind auch Menschen, die in autoritär verfassten Gesellschaften und Staaten leben, Personen – sprechende Lebewesen, die handeln können und der Selbstbewertung nicht nur fähig, sondern bedürftig sind. Eine Person muss ihre und anderer Handlungen nach Erfolg vs. Misserfolg bewerten können und Satz-Äußerungen nach wahr vs. falsch. Und um das tun zu können, muss sie mindestens eine gewisse persönliche Freiheit haben – die Freiheit nämlich, andere und sich selbst zu korrigieren.

1 *De Finibus* V: „consuetudine quasi alteram quandam naturam effice“ [(25) 74.4-5].

2 Zur umfassenden Analyse des Begriffs einer Person vgl. meine online-Bücher >*Was wir sind – Begriff und Ideen der Person*< und >*Wer wir sind – Personidentität im Alltagsverständnis*< (auf www.emilange.de).

III.

Dass Menschen als Personen nicht nur in Gesellschaft leben, sondern Konstituenten der Gesellschaft sind, weil letztlich nur Einzelne handeln können (selbst, wenn sie das als Repräsentanten von Institutionen tun), heißt leider natürlich nicht schon, dass die Gesellschaft ihr wesentliches Ziel darin sieht, personales Leben möglich zu machen und zu erleichtern.

Autoritär verfasste Gesellschaft beschränken personale Freiheit auf den Raum des privaten Lebens. Freie Gesellschaften lassen auch öffentliche Wirksamkeit personaler Freiheit zu und befördern diese u.U. sogar.

Ich glaube nun, dass nicht nur zu hoffen ist, dass Gesellschaften überall auf der Welt freier werden, sondern dass die Dynamik des Person-Seins das sogar wahrscheinlich macht.

Denn wenn für das Lebensnotwendige und die Annehmlichkeiten des Lebens gesorgt ist, wollen Personen in der Regel immer noch sich betätigen und werden dann auch auf öffentliche Wirksamkeit über den Kreis von Familie und Freunden hinaus drängen.

Dass das auf lange Sicht Erfolg haben wird, dafür spricht, dass autoritär verfasste Gesellschaften, obwohl sie ihre Existenzberechtigung aus der Sicherung von Stabilität begründen, inhärent instabil bleiben, weil sie ohne öffentliche Wirksamkeit der Privaten an die Ebene des privaten Lebens unzureichend rückgekoppelt bleiben. Den für das Ganze handelnden Personen fehlen daher strukturell immer für ihr Handeln notwendige Informationen

Insofern denke ich, dass der Westen, wenn er die Freiheit personalen Lebens verteidigt, in der Systemkonkurrenz zu autoritären System langfristig zuversichtlich sein kann. Er wird gewinnen. Das Schibboleth der Menschenrechte, das er hochhält, formuliert, recht besehen, nur die Garantien, ohne die das Leben in Gesellschaft für freie Personen unerträglich wird – jedenfalls auf lange Sicht. Dabei ist dessen eingedenk zu sein, dass John Maynard Keynes leider Recht hatte mit seinem Bonmot, dass wir auf lange Sicht alle tot sein werden.